



# HESSISCHER LANDTAG

12. 06. 2003

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Langzeitstudiengebühren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Pläne zur Einführung von Langzeitstudiengebühren aufzugeben und sich stattdessen für bessere Studienbedingungen und bessere Betreuung von Studierenden einzusetzen.

### **Begründung:**

Im Regierungsprogramm der CDU wird die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende gefordert. Wissenschaftsminister Udo Corts hat sich dahin gehend geäußert, dass die Gebühr Langzeitstudierende, die die Regelstudienzeit um mehr als 50 v.H. überschreiten, treffen wird.

Dagegen hat sich der RCDS Hessen, die Studierendenorganisation der CDU, vernünftigerweise gegen die Einführung von Langzeitstudiengebühren ausgesprochen und diese sogar als widersinnig bezeichnet. Die Gebühren übten Druck auf die Studierenden aus, nähmen die Hochschulen aber nicht in die Pflicht, Studiengänge zu reformieren und damit "studierbarer" zu machen.

Langzeitstudiengebühren sind aber ein untaugliches Mittel zur Studienzeitverkürzung. Die Mehrzahl der Studierenden, die weit über die Regelstudienzeit hinaus studieren, ist dazu gezwungen, weil sie entweder aus finanziellen oder familiären Gründen de facto Teilzeitstudierende sind oder weil sie durch überfüllte Seminare und Praktikumsplätze Pflichtscheine nicht in der vorgegebenen Zeit absolvieren können. Erst die Umsetzung der Möglichkeit eines Teilzeitstudiums und deutlich verbesserte Studienbedingungen ermöglichen, das Studium in der Regelzeit abzuschließen.

Wiesbaden, 12. Juni 2003

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Al-Wazir**